

Schulpolitik

„Pro Real“ in Velbert zieht Bürgerbegehren zurück

12.12.2014 | 06:00 Uhr



Die Drei von „Pro Real“: Mike Trommler, Andreas Donath und Stefan Klein (v.l.).

Foto: Detlev Kreimeier, Archiv

Velbert. Der Verein „Pro Real“ sieht für Verhinderung der Sekundarschule zu wenig Zeit verfügbar und wirft der Verwaltung „Verzögerungstaktik“ vor. In der Ratssitzung vom 25. November hatte es eine deutliche Mehrheit für die Einrichtung einer neuen Sekundarschule gegeben.

Der Verein „Pro Realschule Velbert/Tönisheide (Pro Real)“ zieht sein Bürgerbegehren, das den zweiten Versuch zur Errichtung einer Sekundarschule verhindern sollte, zurück. Dies teilten Andreas Donath und Mike Trommler vom Vereinsvorstand jetzt mit. Die Initiatoren begründen ihren Schritt mit der zu kurzen Frist, die bis zum Anmeldestermin für die Sekundarstufe I Anfang Februar verbleibt und werfen der Verwaltung in diesem Zusammenhang eine „rechtlich nicht zu beanstandende Verzögerungstaktik“ vor.

Verwaltung prüft seit zwei Wochen

In der Ratssitzung vom 25. November war die Entscheidung zugunsten der

Errichtung einer Sekundarschule mehrheitlich gefallen – lediglich FDP, UVB (Mike Trommler ist Vorsitzender dieser Wählergemeinschaft) und „Neues Soziales Velbert“ hatten dagegen gestimmt. Nach dem Willen der Ratsmehrheit soll die neue Ganztagschule die Jahrgänge 5 bis 8 in den Gebäuden der Hardenbergschule in Neviges, die Jahrgänge 9 und 10 in der Heinrich-Kölver-Schule unterbringen. Unmittelbar nach dem Ratsbeschluss berichtete Bürgermeister Dirk Lukrafka, dass der Verein „Pro Real“ ein neues Bürgerbegehren angekündigt habe und zitierte aus dem Entwurf die Fragestellung: „Sind Sie auch der Meinung, dass kein zweiter Versuch gestartet werden soll, eine Sekundarschule in Velbert-Neviges zu errichten?“.

Seither ist die Verwaltung noch mit der juristischen Prüfung des Begehrens befasst. „Wir schauen zunächst, ob der Antrag der Gemeindeordnung entspricht und ob die Fragestellung des angestrebten zweiten Bürgerbegehrens nicht eine Wiederholung des ersten ist“, informiert Marion Birnfeld, Leiterin der Zentralen Dienste im Rathaus und zuständig für Bürgerbegehren. Das wäre unzulässig. Für den Verein „Pro Real“ hat die Verwaltung auch die Kosten für den Fall zu kalkulieren, dass das Bürgerbegehren erfolgreich ist. Nicht eben zur Beschleunigung des Prüfverfahrens habe beigetragen, dass Trommler zwischendurch eine veränderte Fragestellung in Aussicht gestellt habe, die dann eine erneute Prüfung notwendig gemacht hätte, so Birnfeld.

Mit dem Zurückziehen des Bürgerbegehrens sieht sich der Vorstand von „Pro Real“ noch nicht am Ende seiner Bemühungen, die Heinrich-Kölver-Schule zu erhalten: „Wir wissen ... von dem großen Rückhalt in der Bevölkerung der Ortsteile Neviges, Langenberg und Tönisheide sowie der Unterstützung durch die ortsansässigen Vereine und Gemeinschaften, Firmen und Geschäftsleute bezüglich der bestehenden, seit vielen Jahren sehr gut funktionierenden Realschule in Tönisheide“.

Matthias Spruck